

## Panorama Nr. 738 vom 31.03.2011

### Atomkraftwerke: Wer zahlt für Katastrophen

Anmoderation

Anja Reschke:

Die Feuerwehrleute von Fukushima bezahlen vielleicht mit ihrem Leben für die Atomkatastrophe. Sie sind die direkten Opfer, aber es gibt Tausende mehr. Der Schaden nach einem Atomunfall ist astronomisch hoch. Viele, viele Menschen verlieren alles: ihre Häuser, ihr Land, ihren ganzen Besitz. Wer entschädigt sie dafür? Wer kommt für die Kosten auf, die Krebserkrankungen oder Schädigungen im Erbgut hervorrufen? Spätfolgen einer Atomkatastrophe. Ein Bericht von Tamara Anthony, Johannes Jolmes und Oda Lambrecht.

Die Stadt Fukushima – eine Geisterstadt. Die Läden – verschlossen.

Immer mehr Menschen verlieren ihr Zuhause. Und auch die Häuser, der Boden, die Landwirtschaft – dies alles hat nun wohl keinen Wert mehr. Bauern müssen ihre Ernten vernichten.

Schäden, die in den Milliardenbereich gehen. Durch diese Reaktoren. Schäden, für die der Betreiber Tepco nicht zahlen können. Die Aktie des Unternehmens ist um 70% eingebrochen. Zahlen muss in Japan der Steuerzahler.

O-Töne

Passanten in Osaka:

„Tepco ging es doch immer gut, dann sollen sie das doch erst mal selbst bezahlen.“

„Ich bin dagegen, dass jetzt alle Japaner mit Steuern dafür bezahlen sollen.“

Brokdorf in Deutschland. Auch hier hat Fukushima Auswirkungen. Mit jeder Schreckensnachricht über Atomkraft verlieren die Häuser der Menschen hier an Wert. Und wenn es zu einem Unfall kommt, können sie hier nicht mehr leben, werden viel verlieren.

O-Töne

Demonstrant: „Wenn es wirklich mal hier zu einem Unfall kommt, werden wir das alle selbst bezahlen müssen.“

Demonstrantin: „Wir haben einen landwirtschaftlichen Betrieb und ich habe von Anfang an Befürchtungen, dass unsere Existenz gefährdet ist.“

Denn auch in Deutschland sind Kernkraftwerke so gut wie nicht versichert.

Olav Hohmeyer ist im Umwelt-Sachverständigenrat der Bundesregierung. Schon seit Jahrzehnten beklagt er: Gewinne gehen an die Kernkraftwerksbetreiber, die Risiken dagegen trägt der Bürger.

O-Ton

Prof. Olav Hohmeyer,

Mitglied Umwelt-Sachverständigenrat:

„Die Risiken tragen unbeteiligte Dritte, die heute von ihrem Glück noch gar nichts wissen. Das heißt, es sind Leute, die keine Ahnung davon haben, dass sie demnächst oder irgendwann mit einem Kernkraftwerksunfall konfrontiert sein werden.“

Dabei gilt im deutschen Recht: Wer andere gefährdet, haftet für die Schäden. Einfaches Beispiel: die Kfz-Haftpflichtversicherung. Bei einem Unfall können enorme Kosten entstehen – schwere Verletzungen, jahrelange Rentenzahlungen. Der Schaden des Unfallopfers könnte größer sein als

das Vermögen des Autofahrers. Und damit das Opfer dann nicht leer ausgeht, gibt es die Versicherungspflicht.

O-Ton

Prof. Olav Hohmeyer,

Mitglied Umwelt-Sachverständigenrat:

„Die grundsätzliche Überlegung bei der Versicherungspflicht ist, dass der Verursacher eines Schadens persönlich nicht dazu in der Lage sein wird, die Schadensfolgen zu ersetzen, zu kompensieren. Deshalb sagt der Gesetzgeber, brauchst Du eine Haftpflichtversicherung.“

Das Gleiche müsste eigentlich für Atomkonzerne gelten: Auch ihr Vermögen reicht wohl kaum bei einem schweren Reaktorunfall, zumal das Unternehmen dann massiv an Wert verliert.

Trotzdem sind Atomkraftwerke in Deutschland bis heute kaum versichert. Das gibt der zuständige Minister Röttgen ganz freimütig zu.

O-Töne

Panorama: „Unsere deutschen Atomkraftwerke, die sind ja für die kompletten Schäden, die es bei einem nuklearen Unfall geben könnte, gar nicht komplett versichert. Warum?“

Norbert Röttgen,

Bundesumweltminister:

„Weil das so ist, dass die Schäden so groß sind, wenn sie denn eintreten, dass die Versicherungswirtschaft sagt: Das ist nicht versicherbar.“

Nicht versicherbar? Oder ist eine höhere Versicherung nur zu teuer? Für eine winzige Schadenssumme müssen sich unsere AKW nämlich durchaus versichern. Das hat die Politik im § 13 Atomgesetz vorgeschrieben. Die Deckungssumme dort: 2,5 Mrd. Euro.

Ein Tropfen auf den heißen Stein, wie Tschernobyl zeigt.

Die Ukraine zahlt noch heute jedes Jahr 5% des Bruttoinlandsprodukts für Schäden durch die Strahlung.

Der Reaktorunfall von Tschernobyl verursachte bisher Kosten von rund 200 Milliarden Euro.

Eine Haftpflicht von nur 2,5 Milliarden wie in Deutschland ist bei solch einem Unfall lächerlich.

O-Ton

Prof. Olav Hohmeyer,

Mitglied Umwelt-Sachverständigenrat:

„Damit, könnte man sagen, reicht es mal gerade für die Beileidstelegramme für die Geschädigten, aber nicht für eine Kompensation der Schäden.“

Die Versicherung höherer Schäden ist durchaus möglich, aber teuer.

Eine schweizer Anlegerfirma macht für Panorama eine Beispielrechnung: Bei einer Deckungssumme von 100 Milliarden Euro - also bloß der Hälfte von Tschernobyl - um wie viel würde sich dann der Atomstrom verteuern?

O-Ton

Lars Jaeger,

Finanzmarktanalyst:

„Wenn man die Versicherung so gestaltet, dass man alle Kernkraftwerke Deutschlands in einen Pool nimmt und zusammen versichert auf ein Erstereignis hin, dann würden nach unseren Berechnungen die Strompreiserhöhungen ungefähr knapp 3 Euro Cent pro kWh betragen. Also eine Erhöhung von 25-30% des Strompreises für Atomstrom.“

Bei der momentanen Deckung von nur 2,5 Mrd. Euro ist die Absicherung für die AKW-Betreiber fast gratis. 0,0083 Cent pro kwh. Eine Versicherung für Schäden von 100 Mrd. Euro würde den Strom um 2,77 Cent verteuern. Er wäre dann wohl sogar teurer als Ökostrom.

O-Ton

Prof. Olav Hohmeyer,

Mitglied Umwelt-Sachverständigenrat:

„Der Preis für Atomstrom ist gerade aufgrund der mangelnden Haftungsverpflichtung der Betreiber überhaupt nicht angemessen. Der Preis für Atomstrom liegt viel zu niedrig, er müsste die Versicherungskosten für den vollen Schaden enthalten.“

Für Hohmeyer ist klar, wenn alle Schäden versichert werden müssten, wäre Atomstrom schlicht nicht mehr zu finanzieren. Die von der Politik angeordnete niedrige Versicherungspflicht also eine Subvention.

O-Töne

Panorama:

„Momentan gibt es ja 2,5 Mrd., die die Betreiber zurücklegen dafür. Glauben Sie, dass 2,5 Mrd. Euro ausreichend sind?“

Norbert Röttgen,

Bundesumweltminister:

„Das ist ja ein Teil der Haftung. Wenn das überschritten wird, haften die Unternehmen voll mit ihrem eigenen Vermögen. Aber die Situation ist eindeutig so, das sieht man ja jetzt in Japan, wenn solche Ereignisse, auch Katastrophen eintreten, dann sind das gesellschaftliche Schäden.“

„Gesellschaftliche Schäden“ - weniger diplomatisch ausgedrückt: Bei einem Reaktorunglück müssten alle Bürger zahlen. So ist es politisch gewollt.

Bericht: Johannes Jolmes, Oda Lambrecht, Tamara Anthony

Schnitt: Mark Broszeit